

## STAATSRECHT III

zu § 9 IV Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Mitgliedschaft

## Schema 5

## Verfassungsrechtliche Grundlagen der Mitgliedschaft in der Europäischen Union

GG	Regelungsgegenstand und -inhalt	ausführende Gesetze
23 I 1	Staatsziel Verwirklichung eines vereinten Europas	
23 I 1	Verfassungsauftrag zur Mitwirkung bei der Entwicklung der EU - kann auch eine andere als die derzeitige Europäische Union sein (str.)  Struktursicherungsklausel (Homogenitätsvorbehalt) - Festlegung auf die abstrakten staatstheoretischen Leitideen, nicht auf bestimmte Rechtsgrundsätze wie etwa in Art. 20 GG (→ nur Homogenität) - föderative Grundsätze bedeutet nicht Föderalismus wie im Bundesstaat - demokratische Grundsätze bedeutet nicht parlamentarische Demokratie wie im Staat	
23 I 2	Ermächtigungsgrundlage zur Übertragung von Hoheitsrechten - "Übertragung" von Hoheitsrechten = innerstaatliche Bindungsanordnung ("Rechtsanwendungsbefehl")  allgemeiner Vorbehalt der Zustimmung des BR	
23 I 3	Anforderungen an Ratifikationsgesetz und Schranken der Integration - gilt für Begründung der EU, spätere Vertragsänderungen und vergleichbare Regelungen mit <i>verfassungsändernder Wirkung</i> - <u>Problem</u> : S. 3 schon bei jeder Hoheitsrechtsübertragung? - <u>Problem</u> : Zulässigkeit der Beteiligung an einem europ. Bundesstaat?	
28 I 3	Kommunalwahlrecht für Unionsbürger	§ 3 NKWG i.V.m. §§ 34 I, 35 I NGO, §§ 29 I, 30 I NLO
88 S. 2	Ermächtigungsgrundlage zur Übertragung der Bundesbank-Kompetenzen auf EZB	